Abend-Ausgabe. **Nr. 84.** **Berlin,** Sonnabend, den 18. Februar **1893.**

Neue Preußische Zeitung.

Gott mit uns. Für König und Vaterland.

Nr. 84. Abend-Ausgabe. **Berlin,** Sonnabend, den 18. Februar **1893.**

Dies Blatt erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. — Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Berlin: 2 Mark 50 Pfennig, mit Botenlohn 3 Mark 50 Pfennig. — Für das deutsche Reich und für ganz Oesterreich: 9 Mark. — Die einzelne Nr wird mit 10 Pfennig berechnet.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung: W. Kötigsgräber-Straße Nr 15, und die 8 laufenden Expeditionen. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechsgespaltenen Petitzeile 40 Pfennig.

Für den Monat März

beträgt der Bezugspreis für die Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung für Berlin 2,50 Mk., mit Botenlohn 2,85 Mk., für das deutsche Reich und Oesterreich 3 Mk. Alle Post-Anstalten und Zeitungs-Spediteure nehmen Bestellungen entgegen.

Wir bemerken hierbei, daß bei der Post nach Ablauf des ersten Monats im Vierteljahre Bestellungen auf zwei Monate, nach Ablauf des zweiten Monats im Vierteljahre Bestellungen auf einen Monat angenommen werden.

Telegraphische Korrespondenzen.

(Siehe auch dritte Seite.)

Wilhelmshaven, 18. Februar. (W. T. B.) Se. Maj. der Kaiser verblieb auch während der letzten Nacht im Schlafwagen und reiste nach dem Frühstück, bei welchem das Musikkorps des 2. Seebataillons konzertirte, um 10½ Uhr nach Oldenburg ab.

Paris, 18. Februar. (W. T. B.) Der „Figaro" will wissen, die Kaiserin von Oesterreich werde heute incognito in Paris eintreffen.

Paris, 18. Februar. (W. T. B.) Die Regierungsmajorität bei der Tagesordnung Lendet bestand aus 306 Republikanern, 124 Mitgliedern der Rechten, 30 Boulangisten, 17 Sozialisten; 80 Mitglieder der Centren und einige Opportunisten enthielten sich der Abstimmung. Die Abstimmung beweist das Scheitern der Annäherung der Centren und der Rechten.

Paris, 18. Februar. (D. B. H.) Die Gruppen, aus denen die Kammermajorität besteht, beschlossen, die Interpellation wegen der Panama-Angelegenheit, sowie wegen Erwerbung des französischen Bürgerrechts durch Fremde auf einen Monat zu vertagen, die Berathung des Budgets und des Spionagegesetzes sofort zu beendigen und Mitte März auf zwei Monate in die Ferien zu gehen.

Paris, 18. Februar. (D. B. H.) Aus London wird gemeldet: Cornelius Herz liege im Sterben. — Der Herzog von Tarent wurde im Duell tödtlich verwundet.

Paris, 18. Februar. (D. B. H.) Zu der Sorbonne erzwungen Studenten einen großen Skandal; sie forderten die Entfernung der Damen aus den Vorlesungen.

London, 18. Februar, früh. (W. T. B.) Das Unterhaus nahm nach viertägiger Debatte die erste Lesung der Homerule-Bill ohne Abstimmung an. — Goschen erklärte, die Unionisten bekämpften die Vorlage, weil sie glaubten, daß dabei die Integrität des Reiches auf dem Spiele stehe. „Peel habe vor 50 Jahren, als die Aufhebung der Union beantragt wurde, gesagt „opposuit natura!" Die Unionisten fügten heute hinzu, ihre Ehre verbiete ihnen die Zustimmung, sie könnten die Loyalisten von Ulster nicht opfern. — Morley vertheidigte die Vorlage, die auf Errichtung eines freien Parlaments basire und angenommen werden würde. Es sei das beste Mittel, die priesterliche Usurpation in Irland und anderwärts zu vereiteln, indem man sie einer starken, repräsentativen, politischen Autorität gegenüberstelle. — Als Gladstone die Vorlage einbrachte, fand eine Ovation seitens der Irländer statt; dieselben erhoben sich von ihren Sitzen und schwenkten jubelnd die Hüte.

London, 18. Februar. (W. T. B.) Den „Daily News" wird aus Kairo gemeldet, daß der Ober-Kommissär der Pforte, Mukhtar-Pascha, abberufen sei. Zu seinem Nachfolger ist Osman-Pascha ernannt worden.

London, 18. Februar. (W. T. B.) Nach einer Meldung aus Delhi ist Decobin, welcher infolge einer Anklage wegen Sittlichkeitsvergehens aus dem Unterhause ausgewiesen worden ist, in seiner Wohnung verhaftet worden.

Cardiff, 18. Februar. (W. T. B.) Dem drohenden Ausstand von etwa hunderttausend Kohlenbergwerks-Arbeitern ist durch eine örtliche Vereinbarung vorgebeugt worden, derzufolge die Löhne nach bemerkter Skala um 25 pCt. erhöht oder herabgesetzt werden können.

Rom, 18. Februar. (D. B. H.) Die von der „Fanfulla" veröffentlichte Unterredung mit Crispi rief Aufregung hervor. Mehrere Interpellationen sind in der Kammer dieserhalb angekündigt.

Cadix, 18. Februar. (W. T. B.) Alle Anzeklagten in dem Petarden-Prozeß sind freigesprochen worden.

Bukarest, 18. Februar. (W. T. B.) Anläßlich des Ablebens der verwittweten Fürstin Kotkanie von Hohenzollern ist eine 14tägige Hoftrauer angeordnet worden. — Dem gestrigen Ballfeste des Wohlthätigkeitsvereins, dessen Protektorin die Königin ist, wohnten der König und der Thronfolger von Griechenland bei. — Der Senat zog den Gesetzentwurf über die Departementsräthe in Genehmigung.

Washington, 17. Februar. (W. T. B.) Der verstorbene Postmeister von Gelt im Staate Ohio hinterließ den ehrlichen Betrag von 8 Millionen Dollars. Der Schatzsekretär Foster erklärte, er werde unter allen Umständen eine Geldreserve von 100 Millionen aufrecht erhalten und, wenn nöthig, Bons emittiren, aber diese Gesetzmäßigkeit sei nicht wahrscheinlich für die Zeit, in welcher er noch im Amte sei. — Das Komitee des Senats für auswärtige Angelegenheiten hat sich in dem von ihm erstatteten Bericht zu Gunsten eines Annexions-Vertrags mit Hawaii ausgesprochen.

Freisinnige Lehrerfreundlichkeit in der Theorie und Praxis.

Bekanntlich macht der Freisinn stets in Lehrerfreundlichkeit, d. h. mit Worten und in seinen Organen — in der Wirklichkeit sieht die Sache oft ganz anders aus. In Berlin, der Hochburg des Freisinns, müßten, wenn die Thaten den Worten des Freisinns entsprächen, die Lehrer in eitel Wonne schwelgen. Statt dessen sind die Lehrer der Hauptstadt auf den Freisinn durchaus nicht gut zu sprechen, wenn sie auch leider dem noch immer Gleichgültigkeit und bei den Wahlen Knappendienste leisten. Hierfür einige Belege.

Der Herr Kultusminister hat am 8. d. M. folgende Entscheidung erlassen: „Auf den Bericht vom 28. Dezember, betreffend die Wahl des Lehrers N. zum Schulvorsteher, erwidere ich der Kgl. Regierung, daß ich im allgemeinen nicht nur gegen die Wahl eines Lehrers in der Schulvorstand nichts zu erinnern habe, sondern wünsche die Theilnahme der Lehrer in demselben für erwünscht halte."

Nach den Grundsätzen freisinniger Selbstverwaltung müßte die vorstehende Praxis des konservativen Ministers doch längst in Berlin Platz gegriffen haben, nämlich, daß die Lehrer im Schulvorstande — in Berlin also in der Schuldeputation — Sitz und Stimme hätten. Wie oft haben die Lehrer auch um eine Vertretung ihres Standes in der Schul-Deputation gebeten — immer aber vergeblich. Erst vor kurzem wurde ein Rentier als Mitglied und zwar als Bürger-Deputirter gewählt. Einen Lehrer sucht man vergeblich in der Deputation, die über das Wohl und Wehe von 300 Schulen und 2000 Lehrern zu berathen hat. Wohl aber findet man in ihr einen Seifenfabrikanten, einen Klempnermeister, Kaufleute, einen Drechslermeister u. s. w. — alles ehrenwerthe Leute. Aber sind sie wohl in Stande, in Schulfragen kompetente Urtheile abzugeben? Ist Herr Hermes, der Mann vom „Märchen Christi", mehr berechtigt, in der Schuldeputation über religiöse Fragen zu berathen und zu beschließen, als ein Lehrer? — Wenn der Freisinn wirklich einen freien Sinn hätte, so säßen längst Lehrer in der Schuldeputation, wozu der Zedlitzsche Gesetzes-Entwurf die Lehrer eo ipso abgeordnet wissen wollte.

Ein zweites sind die Alterszulagen, um welche die Lehrer Berlins seit Jahren petitioniren, ohne einen Erfolg verzeichnen zu können. Die Lehrer Berlins besaßen einst das System der Alterszulagen. Man nahm es ihnen und gab ihnen den Stellenetat, eine Gehaltsvertheilung, die der Abg. Richter im Abgeordnetenhause unmeublirt nannte (nota bene bei der Regierung; von der Stadt Berlin sagte er nichts). In den letzten Wochen hat die Königliche Regierung zu Potsdam eine Verfügung erlassen, welche die Alterszulagen im Regierungsbezirke ordnet, was bei den Lehrern helle Freude hervorgerufen hat.

Die Kgl. Regierung zu Potsdam hat im Einverständniß mit dem Provinzial-Rath eine Verfügung erlassen, welche die Lehrerbesoldungen neu regelt. Die Städte sind nach den in Betracht kommenden örtlichen Verhältnissen in fünf Gehaltsklassen getheilt, und die ländlichen Ortschaften mit gehobenen Verhältnissen sind den betreffenden Klassen eingefügt werden, während die Dörfer mit einfachen Verhältnissen eine eigene Klasse bilden. Die Städte Potsdam, Charlottenburg, Spandau und die Landgemeinde Schöneberg sind der 1. Klasse zugetheilt; die Städte Brandenburg, Köpenick, Oberswalde, Frankfurt, Luckenwalde, Neu-Ruppin, Prenzlau, Rathenow und Wittenberge gehören der 2. Klasse an. Dieser Klasse sind noch 15 Landgemeinden, welche in der Nähe von Berlin liegen, überwiesen worden. Die Gemeinden, soweit sie den drei ersten Klassen angehören, sind aufgefordert worden, die Besoldungsskala nach den unten folgenden Grundsätzen vom 1. April 1893 an einzurichten.

		Grundgehalt	10 Jahren M.	15 Jahren M.	20 Jahren M.	25 Jahren M.	30 Jahren M.	Mietsentschädigung
I. Kl.	Rektoren	2400 M.	200	400	600	900	1200	600 M.
	Hauptlehrer	2400 „			desgl.			600 „
	Lehrer	1400 „			desgl.			450 „
	Lehrerinnen	1000 „	100	200	300	450	600	300 „
II. Kl.	Rektoren	2000 M.	200	350	500	700	900	500 M.
	Hauptlehrer	1750 „			desgl.			500 „
	Lehrer	1300 „			desgl.			300 „
	Lehrerinnen	1000 „	90	180	300	420	540	300 „
III. Kl.	Rektoren	1850 M.	200	350	500	700	900	400 M.
	Hauptlehrer	1600 „			desgl.			400 „
	Lehrer	1200 „			desgl.			250 „
	Lehrerinnen	900 „	90	180	300	420	540	140 „
IV. Kl.	Rektoren	1700 M.	150	250	350	500	600	300 M.
	Hauptlehrer	1500 „			desgl.			300 „
	Lehrer	1100 „			desgl.			200 „
	Lehrerinnen	850 „	70	140	250	320	420	100 „
V. Kl.	Rektor	1600 M.	150	250	350	500	600	200 M.
	Hauptlehrer	1400 „			desgl.			200 „
	Lehrer	1050 „			desgl.			180 „
	Lehrerinnen	800 „	70	140	250	320	420	100 „
Vorschulen mit einf. Lehrerl.	Lehrer	1000 M.	150	250	350	500	600	100 M.
	Lehrerinnen	750 „	70	140	250	320	420	75 M.

Und Berlin? Berlin wird auf der Karte graphischer Darstellung der Lehrergehälter ein weißer Fleck sein. Nach der Rede des Oberbürgermeisters Zelle, die er auf eine dahingehende Interpellation in der Stadtverordneten-Versammlung gehalten, hat Resignation bei den Lehrern Platz gegriffen. Am 1. April wird jedes kleine Dorf im Regierungs-Bezirk Potsdam seine Skala in die Alterszulage besitzen — Berlin, das arme Berlin nicht. Nach Abgeordneter hat Herr Zelle durch seine Unterschrift unter einen Antrag der freisinnigen Partei die Regierung aufgefordert, die Alterszulagen einzuführen — in der Praxis der eigenen Verwaltung hat er so viel „Wenn und Aber" gebraucht, daß man nur ein Nein zu hören vermochte.

So sieht die freisinnige Lehrerfreundlichkeit in der Theorie und in der Praxis aus. Wäre der Zedlitzsche Schulgesetzentwurf angenommen worden, so wäre dieser Mißstand mit einem Schlage ein Ende gemacht worden. Die Lehrer hatten durch den konservativen Minister mehr Rechte in Bezug auf Schule und Schulverwaltung erhalten, als das freisinnige Berlin seinen Lehrern je eingeräumt hat und je freiwillig einräumen wird. Aber die große Zahl der Lehrer stieß um der schönen Augen des Liberalismus willen die rettende Hand von sich. Jetzt beklagen sie sich — mankendsdgewesene aber nicht über sich und ihre falschen Freunde des Freiheitsschwindels, sondern über die Konservativen und die Regierung.

Aus Kurhessen.

Marburg, 17. Februar. Eine bedeutungsvolle Woche liegt hinter uns. Zwei Versammlungen haben die leidvolle Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Der Landwirthschaftliche Kreisverein berief eine Außerordentliche Delegirten-Versammlung des Provinzial-Komitees zum Beitritte zum Bunde der Landwirthe und Abordnung von Abgeordneten zum 18. Februar nach Berlin. Der Kreis hat bekanntlich nur zwei Mitglieder von mäßiger Größe, im übrigen eine kraftlose Masse von konservativen Bauernstand. Es ist daher von besonderem Interesse, daß die zahlreiche Versammlung sich lebhaft für den Beitritt erklärte und zwei Landwirthe als Vertreter für die Versammlung am 18. Februar wählte. — Eine weite aus dem ganzen Kreise sehr zahlreich besuchte Versammlung hielt der Konservative Verein ab. Das Vorgehen und insbesondere die Stellung zur Judenfrage bildete den Gegenstand eines mit einmüthiger Zustimmung aufgenommenen Vortrages des Rechtsanwalts Hanschmann und eine Reihe von Redner traten der Aufhetzung des Antisemitismus bei, welches auch von der Versammlung genehmigt wurde.

Dann setzte die Bewegung der Militärvorlage, deren Annahme der Vorsitzende Justiz-Rath Dr. Grimm in warmen Worten und mit einer von patriotischer Begeisterung getragenen Zustimmung der Versammlung beschwerte. Einstimmig wurde eine Petition an den Reichstag beschlossen mit der Bitte:

„Dem von den verbündeten Regierungen vorgelegten Gesetzentwurf wegen weiter Ausnutzung der deutschen Wehrkraft des deutschen Reiches in den wesentlichen Punkten eine Zustimmung zu ertheilen, — im Interesse der Erhaltung des Friedens, des wirklichen Schutzes des Vaterlandes und der Gleichstellung der verpflichteten Lasten des Dienstes für den einzelnen, der zur Deckung der Kosten der neuen Heeresverstärkung erforderlichen Mittel unter tunlichster Schonung der bereits schon belasteten Landwirthschaft und des bürgerlichen Gewerbes zu beschaffen."

Das lebhafte Interesse war wesentlich durch die vorausgegangene Agitation des Dr. Böckel gegen die Militärvorlage und die demagogische Art derselben aller Orten mangewusen. Seit der Veröffentlichung des konservativen Programms kennt der antisemitische Irrlauwanz keine Grenzen mehr. Die letzte Nummer von Dr. Böckels „Reichsherold" leistete sich folgenden Ausfall:

„Die Konservativen mit und ohne Maske, 1887 Arm in Arm mit dem Liberalismus, 1890 mit dessen Zerfleischer dem Antisemitismus, inmerlich immer dieselben Lauen, schmachtlappigen, angenerdrehenden, stumpfen Gesellen, so schwanken die Konservativen dahin im Kampf der Parteien. Zu kauf zum Schaffen, zu verdorben zur geistigen Neugeburt, wankelmüthig und unklar, kleiden die Konservativen trotz aller Hüntungen eine Mumie ohne Leben u. s. w."

Diese Sonart wirkt bei unserer Bevölkerung das Gegentheil von dem, was sie beabsichtigt. Die Bevölkerung fängt an, sehr stutzig zu werden.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Se. Majestät der Kaiser und König traf heute Mittag wohlbehalten zum Besuche bei der Großherzoglichen Familie in Oldenburg ein. Nach etwa zweistündigem Besuche hat Se. Majestät Oldenburg wieder verlassen und über Bremen, Uelzen und Stendal u. s. w. die Rückreise mittels Sonderzuges nach Berlin fortgesetzt. Die Ankunft dürfte hier abends 9½ Uhr erfolgen. Das Befinden des Kaisers ist vorzüglich.

— Ihre Maj. die Kaiserin und Königin erthielte gestern Mittag im hiesigen Königlichen Schlosse dem Propst D. Brückner eine Audienz und unternahm am Nachmittage eine Spazierfahrt nach dem Thiergarten. Später stattete der Herzog Ernst Guenther von Schleswig-Holstein der Kaiserin im Schlosse einen Besuch ab.

— ⊙ Der König Umberto und die Königin Margherita von Italien werden ihre auf den 22. April dieses Jahres fallende silberne Hochzeit nur als ein Familienfest feiern und haben gebeten, allen finanziellen Aufwand für etwa beabsichtigte Festlichkeiten den Armen Italiens zukommen lassen zu wollen.

— St. K. H. der Prinz Heinrich hat sich in Wilhelmshaven von Sr. Maj. den Kaiser verabschiedet, um direkt nach Kiel zurückzukehren, wo inzwischen auch seine erlauchte Gemahlin, welche durch die Erkrankung ihrer Schwester, der Prinzessin Alix von Hessen, in Berlin zurückgehalten werden war, eingetroffen ist.

— Die erlauchten Herrschaften, welche zur Zeit hier und in Potsdam anwesend sind, werden morgen Nachmittag zur Familientafel bei J. K. H. der Prinzessin Friedrich Carl im Palais am Leipziger-Platz vereint sein.

— J. K. H. die Prinzessin Friedrich Leopold traf heute Mittag 12½ Uhr aus Potsdam hier ein und stattete alsbald der Frau Prinzessin Friedrich Karl in deren Palais am Leipziger Platz einen Besuch ab.

— Der Herzog von Ratibor traf aus Schloß Rauden in Schlesien heute früh in Berlin ein und stieg bei dem kaiserlichen Gesandten Grafen v. Lerchenfeld in der Botschaft ab. Dem Vernehmen nach wird der Herzog demnächst von Sr. Maj dem Kaiser und Könige empfangen werden, um demselben die Orden des kürzlich verstorbenen Herzogs von Ratibor zu überreichen.

— ⊙ Der inaktive Staatsminister Delbrück gab gestern zu Ehren Sr. K. H. des Prinzen Alexander ein Diner, zu dem er noch den Reichskanzler Grafen v. Caprivi, den General der Kavallerie a. D. Grafen v. Wartensleben, den Minister des Königlichen Hauses und Freiherr v. Wedel, den Oberhofmeister der Kaiserin und die Freiherr v. Mirbach und den Zeremonienmeister v. Kotze mit Gemahlin geladen hatte.

— ⊙ Die Gemahlin des österreichischen Botschafters, Frau v. Stadtzenzi, empfängt bis auf weiteres an jedem Mittwoch Nachmittag.

— ⊙ Bei der Freifrau v. Marschall, der Gemahlin des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, fand gestern Abend der erste große Empfang dieses Winters statt, dem sich an den nächsten Freitagen noch drei andere anschließen werden. Fast das gesammte diplomatische Korps mit den Botschaftern an der Spitze füllten die prächtigen Festräume.

— Der kommandirende General des 5. Armeekorps, General der Infanterie v. Seeckt, hat sich wieder nach Posen, und der General der Kavallerie Graf v. Alten heute früh wieder hier zurückgegeben.

— Der General-Major v. Winning, Kommandeur der 26. Infanterie-Brigade, ist mit seinem Urlaub hier eingetroffen, ebenso der Militär-Oberpfarrer der 15. Armeekorps Steinmetzer, aus Straßburg. — Der General-Major v. Tyrat, Kommandeur der 11. Infanterie-Brigade, der General-Major v. Montbart, Kommandeur der 21. Infanterie-Brigade, der Korvetten-Kapitän v. Kolzenberg, Kommandant S. M. Panzerschiffe „Baiern", sowie der Major v. Mitzlaff, Gotsches-Chef im schleswig-holsteinischen Husarenregiment Nr. 15, haben heute nach beendetem Urlaub wieder ihr Amt angetreten. — Der Major Graf Schwerin, bisher aktivirt beim Kürassier-Regiment Königin (1. pomm.) Nr. 2, welcher als etatsmäßiger Stabsoffizier in das Garde-Kürassier-Regiment versetzt werden, ist zum Anfritt der neuen Stellung hier eingetroffen. — Der Major Kunzel, vom Kriegsministerium ist wieder hierher zurückgekehrt. — Der Major v. Zwehl vom Kriegsministerium hat auf einige Tage Berlin verlassen.

— Der Ober-Präsident der Provinz Hannover, Dr. v. Bennigsen, hat sich heute Mittag wieder nach Hannover zurückgegeben.

— Der Präsident des evangelischen Oberkirchenraths, Wirkl. Geh. Rath Barkhausen, begab sich heute Vormittag ins hiesige Königliche Schloß, wo er die Ehre hatte, von Ihrer Maj. der Kaiserin und Königin empfangen zu werden.

— Der Bezirks-Präsident von Elsaß-Lothringen Freiherr v. Hammerstein ist gestern von hier nach Metz zurückgekehrt.

— ⊙ Der preußische Gesandte M. Carvalho hatte sich, wie seine Zeit gemeldet, gleich nach Weihnachten nach dem Süden begeben, um der kalteren Jahreszeit aus dem Wege zu gehen. Wie wir hören, war der Herr Gesandte zuerst nach Turin gereist, wo seine beiden Söhne studiren; von dort hat er sich über Paris nach Nizza begeben, wo er als preußischer Pair sich an den Arbeiten der parlamentarischen Arbeiten beschäftigt und sich namentlich an den Berathungen betheiligt, die den finanziellen Vorschlägen Poincarés gelten. Bei einstretender wärmerer Jahreszeit ist er der Absicht des Gesandten, nach Berlin zurückzukehren.

— Mit dem herannahenden Ablauf des Rechnungsjahres sind drei Jahre verflossen, seitdem die Kolonial-Abtheilung des Auswärtigen Amtes errichtet wurde. Das Jahr war für diese Schöpfung von Anfang an ein ungünstiges. Es begann mit der Niederwerfung der Kolonialschen in einer einzelnen Abtheilung, das Jahr hat deutlich aus der Ostafrica Verwaltungen bestehen. Es wurde eröffnet mit einem vernichtenden Karbe und einer blutigen Hilfsexpedition, schon vor zwei Jahren kam ein weiter verzweigender Krieg hinzu und in dem jetzigen Jahre ein weiter verzweigender Krieg hinzu und in dem jetzigen Jahre ein Reichsbankrott und eine dritte Stelle verschlossen. Ebenso sind bereits drei blutige Hilfsexpeditionen vorhanden; und eine vierte wird nöthig und bevorstehen. Zu dem vorigen Jahre die Stellung der beiden verantwortlichen Räthe durch die Wirksamkeit eines neuen Dr. v. Schwabe geändert und Gelbrien wird wohl erst dann zu sein, es wahrscheinlich daß der erste Minister des Auswärtigen Amtes, Dr. Kayser, der bei 1890 in der Abtheilung beschäftigt ist, in die dritte Stelle einrücken wird, wenn die dringende Forderung in der Budget-Kommission des Reichstags angenommen werden ist und darum im Plenum des Reichstags zu Ende geführt werden kann.

— ⊙ Der bei der Hofgesellschaft noch in gutem Andenken stehende frühere italienische Botschafter Graf und jetzige General-Kontrol in Pest, Marchese Roccaro d'Ancisa hat sich, wie wir vernehmen, mit einer Dame aus der bayerischen Aristokratie, Gräfin d'Arschot verlobt.

— Den bisherigen Königlichen Regierungs-Baumeistern Schwarz und Schulz aus Gütting und Paul Lubke in Hamburg ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienste ertheilt worden.

Reichstags-Nachrichten.

— Ueber den Gesetzentwurf zur Abänderung der deutschen Maß- und Gewichts-Ordnung bemerkt das „Centralblatt der Bauverwaltung": Durch letzteres ist im wesentlichen die Einführung der neu angefertigten Urmaße. Mit Bedauern haben wir, daß in dem uns vorliegenden Bericht über die weiteren Berathungen des Gesetzes wiederholt der höchste Ausdruck „Protestes" angewendet ist. Im Kreuzblatt mag das wohl ein Schmerz einer leicht von der Seite erwachsenden Aufregung sein; im Journal ist es aber eigentlich ein durch unangebrachte Übertreibung des Kreuzblatts verursachter Rückfall auf ein tiefer stehendes oder doch weniger entwickeltes Feuilleton. Warum „Urmaße" individuelles Empfinden und Welt-Ermaß und deutsches Ermaß nicht genügen, ist nicht einzusehen.

— ⊙ Die Kommission zur Vorberathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abschlussangelegenheiten der in ihrer gesetzmäßigen Auflösung begriffenen Deutschen Ostafrikanischen Gesellschaft wird heute Mittag den Rest der Vorlage in erster Lesung unverändert angenommen.

— ⊙ Die Kommission zur Vorberathung der sogenannten lex Heinze hat die §§ 3 und 4 abgelehnt, nachdem ein Eventualantrag des Prinzen Arenberg, die Bestimmungen des § 3 nur auf die Presse zu beschränken, angenommen worden war. Damit ist die erste Lesung beendigt.

Landtags-Nachrichten.

— [Haus der Abgeordneten.] Der zweite Vizepräsident des Abgeordnetenhauses v. Benda zählt heute seinen 77. Geburtstag. Zu seinen Ehren war auf seinem Platze ein großer Blumenstrauß niedergelegt.

— Uns wird mitgetheilt, daß die Notiz der „Berliner Zeitung", daß der Vorsitzende des Bundes der Landwirthe, Abg. v. Oleck, gestern beim Fürsten v. Bismarck in Friedrichsruh geweilt habe, aus der Luft gegriffen ist.

— Im Abgeordnetenhause ist das fünfte Petitions-Verzeichniß zur Ausgabe gelangt.

Deutschland.

* **Berlin,** 13. Februar. Die geplante internationale Sanitäts-Konferenz, zu deren Versammlungsort bekanntlich Dresden gewählt worden ist, wird, wie schon gemeldet, Anfangs des nächsten Monats dort zusammentreten. Die Frage, die eine Zeit lang lebhaft erörtert worden ist, ob die Konferenz aus diplomatischen Vertretern oder aus Fachmännern auf dem Gebiete des Sanitätswesens zusammengesetzt werden solle, ist, wie wir vernehmen, gelöst. Die Regierungen werden, wie dies bei der in Venedig abgehaltenen Konferenz der Fall gewesen ist, diplomatische Vertreter entsenden, was schon deshalb erforderlich erscheint, weil es sich um das Zustandekommen internationaler Vereinbarungen über die gleichmäßige Handhabung der Verseuchungsregeln zur Abwehr der Cholera handelt. Das schließt indeß die Theilnahme von Fachmännern in Sanitäts- und Verkehrsangelegenheiten nicht aus, und es werden daher die diplomatischen Vertreter aller Wahrscheinlichkeit nach auch von solchen begleitet sein. Zur Beschleunigung der Konferenz haben sich bereits sämmtliche Regierungen bereit erklärt. Das im voraus festgestellte und begrenzte Programm der Konferenz ist von der österreichisch-ungarischen Regierung, die den Impuls zu der Konferenz gegeben hat, ausgearbeitet worden. Auch wird der Konferenz ein bereits fertiggestelltes reichliches Material für ihre Berathungen vorgelegt werden.

* **Berlin,** 18. Februar. Die Anordnung des gegenwärtigen Präsidenten der Union, Harrison, daß die Hawaii-Inseln provisorisch unter nordamerikanisches Protektorat gestellt werden sollen, hat die Erörterungen über die verschiedenen Südsee-Fragen wieder in Gang gebracht. In den meisten Fällen schließen diese Auseinandersetzungen mit dem Hinweise, Deutschland müsse nun Kompensationen verlangen, mindestens Samoa, vielleicht auch noch einige andere Inselgruppen.

Manche Ansichten sprechen dafür, daß diese Angelegenheit von berufener Seite in wesentlich anderer Weise behandelt werden wird. An erster Stelle ist zu berücksichtigen, daß im nächsten Monat schon zu Washington ein neuer Präsident mit einem vollständig neuen Kabinet zur Regierung gelangt, und es ist erst abzuwarten, ob derselbe nicht eine Aenderung in dem jetzt eingetretenen Verhältniß herbeiführt. Ferner steht Hawaii schon seit einer längeren Reihe von Jahren so unter nordamerikanischen Einflüsse, daß durch das provisorische Protektorat an den thatsächlichen Verhältnissen eigentlich nichts geändert wird. Dann aber hat Deutschland gar keine formelle Veranlassung, in die nordamerikanisch-hawaische Frage irgendwie einzutreten; nur England und Frankreich hatten einen Anlaß und eine Handhabe, da sie im Jahre 1843 einen Vertrag über die Unabhängigkeit Hawaiis abgeschlossen haben.

Was Samoa anlangt, so ist vor allem darauf zu achten, daß Deutschland heraus durch einen Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten gegenüber gebunden ist. Hierzu kann man nicht einfach lossagen und es kann nur die Frage erwogen werden, den Vertrag von 1889, der sich nach vielen Seiten als unbrauchbar erwiesen hat, abzuändern, zumal alle drei Vertragsmächte in dieser Beurtheilung übereinstimmen.

Wenn man auf Grund des Vorschlags der Regierung von Washington geforscht wird, daß Deutschland Samoa und vielleicht noch mehr in seinen Besitz nähme, so kommt man damit auf eine veraltete diplomatische Methode zurück. Unter der französischen Kaiser Napoleon III. spielte die Kompensations-Politik eine große Rolle; z. B. wenn Deutschland bei Schleswig-Holstein, so mußte Frankreich das rechte Rheinufer bekommen u. a. Davon ist man abgekommen und das Prinzip wird um so weniger in der Südsee Anwendung finden, als dort in den Tagen noch weniger innerer Zusammenhang vorhanden ist, als bei den europäischen. Die Nordamerikaner würden ohne weiteres darauf hinweisen, daß das Reich z. B. die Marshalls-Inseln, einen Theil von Neu-Guinea u. s. w. in seinen Besitz genommen hat, ohne daß die Union dagegen Einspruch erhoben; mit welchem Rechte wollten wir nun ihnen entgegentreten? Hawaii hat außerdem gar keine Verbindung mit Samoa. Wiederholt wurden wir mit einem Einspruch sofort das ganze Ankerdum in seiner rücksichtslosen Art gegen uns aufbringen. Das würde uns gegenwärtig um so schlimmere Dienste leisten, als von der neuen demokratischen Regierung unter Cleveland wahrscheinlich Entgegenkommen in Zoll- und anderen Fragen zu erwarten ist. Alle Gründe sprechen dafür, daß die Reichsregierung auch fernerhin sich abwartend verhalten wird.

+ **Hannover,** 17. Februar. [Jährliches Bischofsjubiläum des Hannoverschen Landes.] Es ist bei der hiesigen Bischofs-Ordination ist das Jubiläum Bischofsjubiläum des Landes von Abt. Kirchen-Kommissar Dr. Schäffer die Festrede, in welcher er den Dank für die Bischofs-Ordination und die Kirchen-Ordnung, die vom Hannoverschen Bischofsjubiläum, das letztere hielt der